



Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall

Statement anlässlich der Pressekonferenz am 11. Dezember 2008 in Frankfurt

**„Arbeitsplätze sichern - Konjunktur stabilisieren - Zukunft gestalten
Keine Entlassungen 2009“**

Sperrfrist Redebeginn !!!
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die konjunkturellen Aussichten für das kommende Jahr sind düster. Die Auftragsituation in der Metall- und Elektroindustrie wie in fast allen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verschlechtert sich in atemberaubender Geschwindigkeit.

Immer mehr Unternehmen des produzierenden Gewerbes geraten in existentielle Schwierigkeiten. Die Vorfinanzierung von Aufträgen, die Bereitstellung ausreichender Betriebsmittel, die mittelfristige Finanzierung von Projekten und Investitionen, ja selbst die Absicherung gegen Forderungsausfälle der eigenen Kunden stellt heute für immer mehr Unternehmen ein ernsthaftes und meist teures Hindernis dar.

Durch den Auftragseinbruch müssen viele Betriebe die Reserven ihrer Liquidität mobilisieren. Und bei nicht wenigen reicht auch dies nicht mehr aus.

Die Automobilhersteller müssen mehr und mehr um ihre Zuliefererfirmen bangen. Die Zulieferketten drohen zu reißen - mit unabsehbaren Folgen.

Die Abfragen der IG Metall über die Situation in den Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie und des gewerblichen Handwerks zeigen deutlich:

- wer jetzt nicht handelt, der riskiert schwergewichtige Insolvenzen,
- wenn Banken die Unternehmen nicht mit Liquidität versorgen, dann gefährden sie industrielle Substanz
- und wenn Politik weiter abwartet, dann schließt sich das Zeitfenster wirkungsvollen Handelns schneller als viele in Berlin sich das vorstellen können.

Wenn wir heute nicht massiv und konzentriert gegensteuern, dann droht die konjunkturelle Krise sehr schnell in eine große Beschäftigungskrise umzuschlagen. Wer nicht handelt, der verspielt die beschäftigungspolitischen Erfolge der letzten Jahre.

Wir müssen jetzt gezielt und mutig gegen diese Krise ansteuern.

Derzeit schwankt die Stimmung zwischen Verharmlosung der Krise und Schockstarre vor den Entwicklungen der nächsten Wochen und Monate.

Beide Verhaltensweisen sind verhängnisvoll.

Die IG Metall wird die Lage weder verharmlosen, noch wird die IG Metall vor der Krise kapitulieren.

Wir können agieren, wir können die Krise meistern.

Die Menschen brauchen ein Zeichen der Zuversicht, ein Zeichen der Stabilität.

Die IG Metall sagt: In 2009 darf es keine Entlassungen geben!

Dies muss auch die Botschaft des Krisengipfels bei Frau Bundeskanzlerin Merkel am Sonntag im Bundeskanzleramt sein.

Niemand darf sich verstecken. Es ist möglich, dieses Ziel zu erreichen.

Die IG Metall zeigt mit ihrem Vorschlag eines Sieben-Punktes-Programms einen Weg, um dieses Ziel zu erreichen.

Das Programm fußt auf einem Grundgedanken: es gibt trotz tiefer Krise realistische Wege, in 2009 Entlassungen zu verhindern.

Ich fordere Politik und Wirtschaft, Parteien und Arbeitgeberverbände auf, sich auf diesen Grundsatz zu verpflichten.

Unsere Ideen basieren darauf, dass wir drei Wege gleichzeitig gehen müssen:

Erstens: Wir müssen die Beschäftigung sichern.

Zweitens: Wir müssen kurzfristig die Konjunktur durch Nachfrageimpulse stabilisieren.

Drittens: Wir müssen unsere Zukunft durch mittelfristig wirkende Investitionen in Arbeit, Bildung und Umwelt gestalten.

Ich will Ihnen gemeinsam mit Detlef Wetzel unsere Vorschläge kurz erläutern:

1. Arbeitsplätze sichern: Keine Entlassungen in 2009

Wir fordern die Unternehmen in Deutschland auf, in den nächsten 12 Monaten keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen. 2009 muss trotz Krise ein Jahr des Erhalts von Arbeitsplätzen werden. Tarifverträge und Arbeitsmarktinstrumente liefern einen umfangreichen Instrumentenkasten zur Überbrückung solcher Krisen.

Wir fordern Gesamtmetall auf, sich in den Mitgliedsunternehmen offensiv für Beschäftigung und gegen Entlassung zu engagieren. Und dies nicht nur aus solidarischen Gründen, sondern weil die Beschäftigten mit ihren Kompetenzen die Garanten dafür sind, dass uns eine Rückkehr zu guter wirtschaftlicher Entwicklung gelingt.

2. Arbeitsplätze sichern: Leiharbeiter schützen

Die Leiharbeiter müssen vor der Krise geschützt werden. Zeitarbeitsfirmen haben in den letzten Jahren mit der Leiharbeit enorm hohe Gewinne eingefahren. Jetzt müssen diese Firmen dieses Geld einsetzen, um die Beschäftigung zu halten. Auch die Zeitarbeitsbranche muss sich in der Krise ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung stellen.

3. Arbeitsplätze sichern: Unternehmensfinanzierung gewährleisten

Banken verweigern den Unternehmen die notwendige Finanzierung ihrer Aktivitäten. Die Unternehmen bekommen schlicht kein Geld, um unternehmerisch tätig zu sein. Die Banken und Finanzmarktakteure haben mit ihren Geschäften die Krise herbeigeführt. Mit ihrem jetzigen Geschäftsgebaren treiben sie die Realwirtschaft tiefer in die Krise.

Ich halte das für einen Skandal. Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, alle Regelungen des Rettungsschirms für die Banken mit dem Ziel zu ändern, die Banken zur Kreditversorgung der Realwirtschaft zu verpflichten. Die Banken nutzen den Rettungsschirm der Bundesregierung derzeit ausschließlich zur Sanierung ihrer Eigenkapitalbasis und zur Sicherung ihrer Gewinne.

In dieser Krise muß gelten:

- Kein kaufmännisch vernünftiger Auftrag darf an der Vorfinanzierung scheitern.
- Kein gesunder Betrieb darf wegen aktueller Liquiditätsengpässe insolvent gehen.

Dazu ist es erforderlich, den Bürgschaftsrahmen der KfW für Unternehmensfinanzierung deutlich zu erhöhen und angesichts der Krise die Anforderungen zu vereinfachen. Hier schlägt die IG Metall vor, einen Teil des Bürgschaftsrahmens, der den Banken über den Rettungsschirm zur Verfügung gestellt wurde, umzuwidmen. Der Rahmen wird Unternehmen und Betrieben der Realwirtschaft zur Auftrags- und Projektfinanzierung zur Verfügung gestellt. Die Abwicklung soll über die KfW erfolgen.

Die IG Metall unterstützt die Bildung eines Finanzierungsfonds der Automobilindustrie zur Stabilisierung der Zuliefernetzwerke. Dieser Fonds ist einerseits von den

Automobilendherstellern und andererseits durch staatliche Zuschüsse und Bereitstellung zinsgünstiger Kredite durch die KfW auszustatten. Die Automobilindustrie muss alles dafür tun, die Zulieferketten zu erhalten.

4. Konjunktur stabilisieren: Umweltprämie für Alt-Autos einführen

Das Durchschnittsalter der rund 41,2 Millionen Autos in Deutschland liegt bei 8 Jahren. Das ist Rekord. Im Jahr 2000 lag das Durchschnittsalter noch bei 6,9 Jahren. 11 Millionen Fahrzeuge sind sogar älter als 10 Jahre und stellen mit ihrer veralteten Technik eine erhebliche Belastung für die Umwelt dar.

Die IG Metall schlägt die Einführung einer Umweltprämie für Alt-Autos vor. Jeder private Fahrzeughalter, dessen PKW älter als 10 Jahre ist, erhält gegen Vorlage eines Verschrottungszertifikats eine staatliche Förderung in Höhe von 3 000 Euro. Wenn damit der Kauf eines Neuwagens verbunden ist, dann stockt der Hersteller diese staatliche Förderung um 50 Prozent, also auf 4 500 Euro auf.

Wir gehen davon aus, dass rund 750 000 Neuwagen gekauft werden und damit eine Nachfrage in Höhe von 13,5 Milliarden Euro generiert wird.

Eine solche Maßnahme hätte positive Auswirkungen für die Beschäftigung entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Autoindustrie, vom Endhersteller, über den Zulieferer bis zum Händler. Und natürlich auch auf die Umwelt.

5. Konjunktur stabilisieren: Nachfrage auslösen

Die IG Metall schlägt die Ausgabe von Konsumschecks in Höhe von 250 Euro für Menschen vor, deren Einkommen 3675 Euro nicht überschreitet. Wir sehen darin einen kurzfristig wirkenden Impuls für die Nachfrage. Wir halten es jedoch darüber hinaus für erforderlich, dass die Regelsätze für Hartz IV-Bezieher erhöht werden. Wir unterstützen dabei die von den Wohlfahrtsverbänden geforderte Erhöhung in der Regelsätze.

6. Zukunft gestalten: Zukunftsfonds „Arbeit-Bildung-Umwelt“

Über die kurzfristigen Maßnahmen hinaus müssen wir Deutschland nachhaltig fit machen für die Zukunft. Bildung, Umwelt, Forschung, Verkehr, Infrastruktur, Kommunikation, Energie sind die wichtigen Bereiche, die wir für unsere Zukunft stärken müssen.

Die IG Metall schlägt vor, einen Zukunftsinvestitionsfonds in einem Umfang von 100 Milliarden Euro für die Dauer von drei bis vier Jahren aufzulegen.

Aus diesem Fonds soll Kommunen beispielsweise zinslose Kredite mit einem 90prozentigem Zuschußanteil und einer Laufzeit von bis zu 15 Jahren gewährt werden, wenn sie in Bildung, Umwelt und Infrastruktur investieren. Die kommunalen Gebietskörperschaften sind verantwortlich für zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Und wenn Frau Ministerin Schawan auf die dringliche Sanierung von Schulgebäuden, Kindergärten und Hochschulen hinweist, dann hat sie vollkommen Recht.

Bundesländer können aus diesem Fonds zinslose Kredite mit einem 50prozentigem Zuschußanteil erhalten, wenn sie in Bildung und Forschung investieren,

oder Unternehmen erhalten Kredite zum EZB-Zins, wenn sie die Energie- und Ressourceneffizienz nachhaltig steigern und in Umweltmaßnahmen investieren.

Aus diesem Fonds könnten darüber hinaus, Investitionen in überregionale Infrastruktur, insbesondere in Datenautobahnen und in Energie- und Verkehrsinfrastruktur finanziert werden.

Wie wollen wir den Fonds finanzieren?

Dieser Fonds wird von der Bundesregierung sofort gebildet und über eine jährliche Zukunftsanleihe in Höhe von zwei Prozent auf alle Geld- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte über 750 000 Euro gespeist.

Das Nettovermögen der privaten Haushalte über dieser Freigrenze beträgt mindestens 2,5 Billionen Euro. Die Zukunftsanleihe läuft über 15 Jahre.

Wir gehen davon aus, dass die Refinanzierung des gesamten Programms überwiegend über die Wertschöpfungsgewinne des durch diese Maßnahmen generierten zusätzlichen Wachstums erfolgen kann.

7. Zukunft gestalten: Mitbestimmung in Unternehmen ausweiten

Die aktuelle Krise ist der erschütternde Beweis dafür, dass die eingeschlagene Weg des Turbokapitalismus falsch war. Er hat die Gesellschaften in eine Sackgasse geführt. Die kapitalistische Entwicklung muss eine andere, eine demokratische Entwicklungsrichtung erhalten.

„Nicht Geld regiert die Welt, sondern der Mensch regiert die Welt“, das muss wieder Maxime unseres Handelns werden. Deshalb brauchen wir eine Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen und Betrieben.

Wir fordern eine Neuregelung des Mitbestimmungsgesetzes: Bei Errichtung, Verlegung oder Schließung von Produktionsstätten soll eine Mehrheit von 2/3 der Mitglieder des Aufsichtsrates erforderlich sein.

Wir fordern darüber hinaus, dass der Begriff des Unternehmensinteresses präzisiert wird. Heute steht im Aktiengesetz § 76 Abs. 1 lediglich der Satz: „Der Vorstand hat unter eigener Verantwortung die Gesellschaft zu leiten“. Das ist uns zu wenig, und das ist für ein demokratisches Gemeinwohl zu wenig.

In der betrieblichen Mitbestimmung halte ich es für dringend notwendig zu verankern, dass dort wo Unternehmen staatliche Unterstützung erhalten Betriebsänderungen, sprich Stilllegungen, Verlegungen oder Einschränkungen von Betrieben und Betriebsteilen nur mit Zustimmung des Betriebsrates möglich sein dürfen.

Meine Damen und Herren,

wir sind davon überzeugt, dass die Umsetzung unserer Vorschläge eine Richtungsänderung in der konjunkturellen Entwicklung bewirken kann.

Zentrale Botschaft der IG Metall lautet: 2009 wird kein Jahr der Entlassung. Dies ist möglich, die Instrumente sind vorhanden. Jetzt gilt es dafür konzentriert zu arbeiten.

